

Antrag

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, Bärbel Höhn, Steffi Lemke, Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die bäuerliche Milchviehhaltung ist zentraler Bestandteil der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland und prägt wie keine andere Bewirtschaftungsform unsere Kulturlandschaft. Zugleich ist kein anderer Bereich der Landwirtschaft so stark in seiner Existenz bedroht wie die Milchviehhaltung. Stark schwankende Erzeugerpreise, geringe Marktmacht der Erzeuger und das Höfesterben betreffen vor allem die Milchbäuerinnen und Milchbauern. Allein in den letzten zehn Jahren musste ein Drittel der Milchviehbetriebe aufgeben. Das Auslaufen der Milchquote 2015 wird den Druck auf die bäuerlichen Erzeuger weiter erhöhen.

Eine konsequente Milchpolitik zur Stärkung der bäuerlichen Milchviehhaltung ist überfällig. Das Leitbild muss die Kuh auf der Weide sein. Diese Haltung produziert den höchsten gesellschaftlichen Mehrwert. Sie stärkt die Wertschöpfung in den Regionen. Sie leistet Wesentliches zum Erhalt der Landschaften. Sie ist tiergerecht und steht im Einklang mit Umwelt- und Klimaschutzziele. Für die Weidehaltung müssen die Bäuerinnen und Bauern einen höheren Preis auf den Milchmärkten erzielen. Diese Art der Erzeugung ist teurer als die Milchproduktion in industriellen und rationalisierten Massentrieben. Um die unterschiedlich hohen Kosten zu vermitteln, ist es notwendig, mehr Klarheit über Haltungsformen und Produktionsbedingungen zu schaffen. Nur wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher sich darauf verlassen können, dass die Verpackung auch hält was sie verspricht, haben sie die Möglichkeit, Politik über den Einkaufskorb zu machen und sich bewusst für Milch aus bäuerlicher Tierhaltung zu entscheiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihre auf Massenproduktion und Export von Produkten mit geringer Wertschöpfung orientierte Milchpolitik zu beenden und den Rahmen für eine faire, ökologische und kostendeckende Milchproduktion zu setzen,
- sich auf Ebene der Europäischen Union für die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle und eines indexbasierten Frühwarnsystems sowie für

vorsorgende Krisenmechanismen für den Milchmarkt wie beispielsweise den vom Europaparlament vorgeschlagenen „Freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung“ einzusetzen,

- eine „Bündelungsoffensive Milch“ aufzulegen, die die Milchbäuerinnen und -bauern bei der Bildung von Erzeugergemeinschaften finanziell und organisatorisch unterstützt,
- gemeinsam mit den Akteuren am Milchmarkt Regelungen für eine nachfrageorientierte Milchmengenregulierung zu entwickeln und einzuführen,
- das Grünland im Zuge der Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland wirksam zu schützen und Maßnahmen vorzulegen, um die Weidehaltung von Kühen und eine flächengebundene Milcherzeugung zu fördern,
- Programme zu entwickeln, die eine hohe Milcherzeugung aus Grundfutter statt zu viel Leistung aus Kraftfutter fördern, und so tiergesundheitliche Probleme und gesellschaftliche Folgekosten reduzieren,
- eine tiergerechte Nutztierzüchtung mit einer maßvollen Milchleistung pro Kuh und einer hohen Lebensleistung statt einer kurzfristigen Hochleistung als Züchtungsziel zu fördern,
- einen Milchgipfel mit Erzeugern, Molkereien, Handel und Verbrauchern einzuberufen, um Ansätze zur Stärkung der kostendeckenden Qualitätsmilcherzeugung aus Weidehaltung voranzutreiben und insbesondere Maßnahmen zu entwickeln, die die Konkurrenzfähigkeit der Milchviehweidehaltung im Vergleich zu anderen Landnutzungsformen stärken,
- verbrauchertäuschendes Marketing zu unterbinden und Regelungen zur Verwendung der Bezeichnung „Weidemilch“ zu schaffen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirkliche Entscheidungsgrundlage beim Einkauf haben,
- über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Förderkonzepte für eine verstärkte Ausweitung der Direkt- und Regionalvermarktung von Milch und Milchprodukten und für eine Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten anzubieten.

Berlin, den 1. April 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion